

# Stettiner Zeitung.



Abend-Ausgabe.

Montag, den 3. Mai 1880.

Nr. 204.

## Deutscher Reichstag.

43. Sitzung vom 1. Mai

Präsident Graf von Arnim eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{2}$  Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesrathes: Unterstaatssekretär Scholz.

### Tagesordnung:

1. Interpellation der Abgg. Wolffson und Genossen.

Dieselbe lautet:

„Ist es richtig, daß die preussische Regierung bei dem Bundesrath beantragt hat, die Einverleibung der Stadt Altona und eines Theiles der hamburgischen Vorstadt St. Pauli in das Zollgebiet zu beschließen? Sind der Einbringung dieses Antrages Verhandlungen mit der Stadt Hamburg wegen Einverleibung eines Theils ihrer Vorstadt St. Pauli in das Zollgebiet vorausgegangen und eventuell welchen Erfolg haben dieselben gehabt? Ist der oben erwähnte preussische Antrag darauf gerichtet, daß die Einverleibung eines Theiles der Vorstadt St. Pauli in das Zollgebiet auch ohne die Zustimmung der Stadt Hamburg stattgefunden habe, und zutreffenden Falls, wie ist ein solches Vorgehen in Einklang zu bringen mit Art. 34 der Reichsverfassung?“

Unterstaatssekretär Scholz erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten und erhält zur Begründung derselben das Wort.

Abg. Dr. Wolffson: Er fragt zunächst an, ob dieser Antrag thatsächlich von dem preussischen Ministerpräsidenten an den Bundesrath ergangen sei. Im bejahenden Falle dürfte wohl der Herr Reichskanzler sich schon über den Antrag des preussischen Ministerpräsidenten schlüssig gemacht haben (Heiterkeit) und liege wohl in dem Falle kein erheblicher Grund vor, nur eine formale Antwort zu ertheilen. Der Interpellant giebt zu, daß die Stadt Altona allerdings augenblicklich in unangenehmer Lage sei und leide. Das liege an der Konkurrenz Hamburgs. Das sei ganz natürlich. Wäre eben Hamburg nicht da, dann wäre Altona — Hamburg. Mit dem Einschluß eines Theiles von Hamburg in das Zollgebiet werde aber die Stellung Altonas materiell nicht gebessert. Interpellant kommt sodann auf die Rechtsfrage. Er erinnert an die Verhandlungen, welche zu verschiedenen Zeiten wegen der Freihafenstellung Hamburgs stattgefunden. Hamburg habe sich durch Zahlung eines hohen Aversums freigekauft und glaube endlich Ruhe zu bekommen. Es scheine aber, als ob im neuen deutschen Reich überhaupt nichts mehr zur Ruhe kommen solle. (Lebhafte Zustimmung.) Wie ein Blitz aus heiterem Himmel komme nun der Antrag Preussens, der dem Art. 34 der Verfassung widerspreche. Es solle durchaus nicht gesehnet werden, daß es Stimmen gebe, welche den Eintritt Hamburgs und Bremens in den Zollverein für wünschenswerth erklären. Es sei ja möglich, daß sich Einzelne dann besser stellen werden. Die Hamburger sehen jedoch aufs Ganze und wollen die hervorragende Stellung, welche ganz Deutschland zu Ehren gereiche, behaupten. Der Art. 34 sei klar und unangreifbar. Ohne Zustimmung Hamburgs dürfe kein Theil seines Gebietes in den Zollverein eingeschlossen werden. Daß die Vorstadt St. Pauli zur Stadt Hamburg verfassungsmäßig gehöre, weist Redner aus den gültigen Bestimmungen nach. Es bestes vollständige Gemeinwesen. Was in Hamburg gilt, gelte auch in St. Pauli, nicht aber auf dem Lande im Staatsgebiete Hamburgs. Es sei auch niemals irgend einem Menschen eingefallen, zu behaupten, St. Pauli gehöre nicht zu Hamburg. Ueberhaupt brauche man ja nur in dieser Beziehung auf das Verfahren des Bundesrathes zu verweisen. Derselbe habe den Zuschlag auf die Köpfe der städtischen Bevölkerung nicht bloß von der Stadt Hamburg, sondern auch von den Köpfen der Vorstadt St. Pauli zählen lassen. (Hört.) Wenn man jetzt mit einem Mal plötzlich finde, daß St. Pauli nicht zu Hamburg gehöre, so sei das eine boshafte Erfindung, um Hamburg das Athemholen zu erschweren. Der Antrag Preussens habe einen tiefen Eindruck hervorgerufen, er habe die Bundesfreundlichkeit schwer erschüttert. Der Interpellant erwarte von dem Vertreter der verbündeten Regierungen, daß er bezeugen werde, daß dieser Antrag Preussens nicht dahin gehe, die verfassungsmäßigen Rechte und die Sonderstellung Hamburgs zu zerstören. Der Interpellant würde

sich glücklich schätzen, wenn die Antwort in befreiendem Sinne ausfallen würde. (Beifall.)

Unterstaatssekretär Scholz beantwortet die Interpellation dahin, daß die Voraussetzungen des Vordrucks zutreffen, Preußen habe beim Bundesrath den Antrag gestellt, die Stadt Altona und die Vorstadt St. Pauli in das Zollgebiet einzuschließen, ohne daß der Einbringung dieses Antrages Separatverhandlungen mit Hamburg vorausgegangen seien. Das Alles seien Thatsachen, auf deren Geheimhaltung von keiner Seite Werth gelegt werde, die daher auch alsbald bekannt geworden seien. Darüber hinaus aber in eine Erörterung dieser allgemeinen bekannten Thatsachen einzutreten, dieselben hier zu erörtern oder zu verteidigen, sei es in rechtlicher oder praktischer Hinsicht — dies müsse der Herr Reichskanzler ablehnen, weil er bei der ihm hierbei obliegenden Rücksichtnahme auf die Wahrung der verfassungsmäßigen Freiheit des Bundesrathes nicht im Einklang befinden würde, seinerseits über einen von ihm eingebrachten Antrag beim Bundesrath auf Grund einer Interpellation mit dem Reichstage zu verhandeln.

Auf den Antrag des Abg. Ricker wird in eine Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. Dr. Karsten bezieht die wirtschaftliche Seite der vorliegenden Frage vom Altonaer Standpunkte aus. Die neue Zollpolitik sei eine neues System, das der Feindseligkeit herbeizuführen. Auf die Seehäfen solle keine Rücksicht mehr genommen werden. Es sei entschieden verkehrt, zu glauben, daß die Maßregel zu Gunsten der Stadt Altona getroffen werde. Sobald Altona in das Zollgebiet gelange, würde dort Alles vertheuert werden, es würden die Steuern enorm in die Höhe gehen. (Hört!) Von einem Nutzen für Altona könne gar nicht die Rede sein. Die ganze Maßregel sei überhaupt unausführbar und werde ganz enorme Kosten für die Zollkontrolle erfordern. Es scheine sich übrigens nur um eine Preßion zu handeln, daß Hamburg seine verfassungsmäßigen Rechte in den Zollangelegenheiten aufgeben.

Abg. Ricker sucht nachzuweisen, daß St. Pauli nach allen Auffassungen zur Stadt Hamburg gehöre, und daß es eine Verletzung des Art. 34 der Verfassung wäre, wenn man ohne Zustimmung Hamburgs St. Pauli in das Zollgebiet einverleiben wollte. Er bedauere die Antwort des Bundeskommissars in hohem Grade.

Abg. Freiherr v. Minnigerode bedauert die Interpellation, weil dieselbe die Rechte des Bundesrathes verletze. Jeder Theil möge vor seiner eigenen Thüre stehen und wenn der Reichstag seine eigenen Rechte schützen wolle, dann möge er zunächst die Rechte anderer Körperschaften achten, welcher die Fürsten und freien Städte vertrete. Die Interpellation werde keine Folge haben und sei lediglich als blinder Schuß in die Luft zu verstehen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter bedauert, daß bloß eine Interpellation und nicht ein Antrag eingebracht worden, doch sei es nicht zu spät, mit einem Antrage vorzugehen, und sei die Fortschrittspartei bereit, einen solchen Antrag zu unterstützen. Die Interpellation halte er nicht für zweckmäßig — sie sei auch nur eine Rücksichtnahme auf die Regierung —, aber im deutschen Reich hänge ja Alles von einem einzigen Willen, von einem einzigen Mann ab, und dieser einzige Mann, möge er nun krank oder gesund sein, halte es nicht mehr für nöthig, den Reichstag mit seiner Gegenwart zu beehren. (Sehr wahr!) Allerdings schickt der Herr Reichskanzler seine Vertreter, aber eine selbstständige Verhandlung ist dabei nicht mehr möglich. Eine Regierung, der an der Uebereinstimmung mit dem Reichstage etwas gelegen, würde sich doch der Zustimmung desselben zu einem solchen Vorgehen von vornherein versichern. Um was handelt es sich denn? Es handelt sich um eine Verletzung der Verfassung, und wenn in solchen Fragen der Reichstag nicht kompetent sein soll, wenn er hier kein Wort mitzureden haben sollte, dann brauchen wir überhaupt keinen Reichstag mehr. (Sehr richtig!) Man mag den Begriff der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers so eng auslegen wie möglich, das hat doch noch Niemand angezweifelt, daß diese Verantwortlichkeit sich auf die Aufrechthaltung der Verfassung bezieht. Heute hören wir, der Herr Reichskanzler sei durch seine verfassungsmäßige Verantwortlichkeit dem Bundesrath gegenüber verhindert, hier auf die Sache einzugehen, und als es sich um die Postanweisungen

handelte, da dede sich der Herr Reichskanzler mit der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit, die er dem Reichstage gegenüber wahrzunehmen habe. Hinter dieser Verantwortlichkeit verdeckt der Herr Reichskanzler lediglich seinen Absolutismus. Es handelt sich hier nicht um Freihandel oder Schutzoll. Die Rechtsfrage ist es, die ganze Art des Vorgehens ist es, um welche es sich hier handelt. Wir sind gewiß keine Freunde von Reservatrechten, aber wenn man einmal Reservatrechte giebt, dann ist es auch unsere Pflicht, dieselben zu beschützen. Diese Freihandelsstellung Hamburgs ist ein deutsches Recht, mit dieser Stellung ist Hamburg geworden, was es ist. Der Handel von Hamburg liegt in deutschem Interesse und wer ihn antastet, gefährdet ein deutsches Interesse. Vor Allem aber hat der Herr Reichskanzler das freundschaftliche Verhältniß zu den Bundesstaaten zu pflegen. (Rufe bei den Konservativen: Lauter!) Es wird schon da verstanden werden, wo es verstanden werden soll, und wenn eine wirklich konservative Partei vorhanden wäre, dann würde sie sich an die Spitze stellen und nicht es erst uns überlassen, für die Aufrechterhaltung der Verfassung und der Rechte der Einzelstaaten einzutreten. Kein Staat hat mehr wie Hamburg den Ruf Preussens in der nationalen Führung anerkannt, und dafür wird es nun derartig behandelt. Was aber am meisten aufregt, das ist die innere sachliche Unwahrheit, daß es sich um das Interesse Altonas handelt. Ist etwa aus Altona der Ruf laut geworden? Nein, er ist in Altona hineingetragen. Altona würde aus dem Regen in die Traufe kommen, wenn St. Pauli zusammen mit Altona in den Zollverein hineinkommt. Es ist die alte, in Preußen bekannte Ludentheorie, die jetzt wieder hervorgehoben wird. Ist etwa die Reichsverfassung auf Grund solcher Gewaltakte entstanden? Paßt sich dieses Verfahren für Deutsche zu einander, paßt es sich für einen Großstaat wie Preußen einem kleinen Staate gegenüber? Diese Maßregel hat in Hamburg eine Aufregung hervorgerufen, wie man sie in Jahrzehnten nicht gekannt hat. Meine Herren, es handelt sich hier nicht um die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages; hier handelt es sich um die verfassungsmäßigen Rechte der Einzelstaaten. Wenn der Bundesrath das Recht Hamburgs wahr, dann wahr er sein eigenes Recht. Glauben Sie denn, die Kronrechte der Einzelstaaten sind auch nur ein Titelchen mehr werth, als die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages und der Verfassung und lehnen Sie (zum Bundesrath) den Antrag ab. Als preussischer Abgeordneter protestire ich gegen einen solchen Gewaltakt. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Windthorst bemerkt zunächst unter der Heiterkeit des Hauses, daß er zufällig nicht in Hamburg gewesen, daß er also die Sache so nicht behandeln könne, wie der Abg. Richter. Er freue sich übrigens, daß auch die liberale Partei, die früher Alles nivelliren wollte, für partikularistische Tendenzen eintrete. Jetzt scheine man auch auf dieser (der linken) Seite des Hauses zu der Einsicht zu gelangen, daß gerade durch die Wahrung der Rechte der Einzelstaaten die Rechte des Reiches am besten gewahrt werden. Was den in Rede stehenden Antrag Preussens anlangt, so sehe es allerdings auf den ersten Blick so aus, als ob St. Pauli zu Hamburg gehöre; wie die Sache rechtlich sich verhält, wisse er nicht. Jedenfalls halte er dafür, daß die Trennung der beiden Bezirke der Vereinbarung mit dem Senat und der Bürgerschaft von Hamburg bedürfe. Er hoffe auch, daß es zu einem Einvernehmen kommen werde, und er seinerseits wünsche, daß Altona und St. Pauli in das Zollgebiet eintreten möchten. Die Anwendung von Zwangsmaßregeln halte er aber nicht für gerechtfertigt.

Abg. Dr. Lasker: Es sei nicht richtig, daß die liberale Partei Alles nivelliren wolle. Sie trete hier auch nicht für ein partikulares Recht, sondern für die Aufrechthaltung eines Reichsinteresses ein. Offenbar sei hier eine Verletzung der Reichsverfassung im Werke. Redner sucht sodann die staatsrechtliche Berechtigung der Interpellation nachzuweisen, und spricht die Hoffnung aus, daß der Bundesrath auf die an ihn gestellte Zumuthung nicht eingehen werde, da nach seiner Meinung durch die Annahme des mehrerwähnten Antrages die Verfassung direkt verletzt werden würde. Es werde notwendig sein, in einem besonderen Antrage zur

Sache klare Stellung zu nehmen. Es wäre in der That bedauerlich, wenn der Bundesrath auf den Antrag einginge und dazu beitrüge, eine so hochwichtige Verfassungsfrage in kläglicher Weise in einem Civilprozeße zur Entscheidung zu bringen.

Die Diskussion wird geschlossen und ist damit der Gegenstand erledigt.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Abwehr von Viehseuchen.

Die Debatte wird bei Abschnitt II. Nr. 4 (Entschädigung für getödtete Thiere) fortgesetzt.

Die hierauf Bezug habenden Paragraphen werden ohne wesentliche Debatte unverändert genehmigt; ebenso der Rest der Vorlage, welcher in den §§ 65 bis 67 die Strafbestimmungen und in den §§ 68 und 69 die Schluß-Bestimmungen enthält.

Es gelangt nunmehr folgende, von der Kommission beschlossene Resolution zur Berathung: den Herren Reichskanzler zu eruchen: 1) eine gesetzliche Regelung des Abdeckerwesens und der Fleischbeschau im deutschen Reich vorzubereiten, und die bezüglichen Gesetze baldmöglichst dem Reichstage in Vorlage zu bringen; 2) baldmöglichst ein Gesetz vorzulegen, wonach die Vorschriften des Gesetzes vom 25. Februar 1876 betreffend die Befestigung von Anstreichungsstoffen bei Viehförderungen auf Eisenbahnen auch auf Schiffsräume ausgedehnt werden.

Die Resolution, welche vom Abg. Groß befürwortet, vom Abg. Ruppert aber bekämpft wird, wird vom Hause abgelehnt.

Dann wird die Sitzung vertagt.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr.  
Tages-Ordnung: Küstenfrachtschiffahrtsgesetz; Gesetz über Beschränkung der Theaterfreiheit; Handels-Vertrag mit Oesterreich; Gesetz betreffend die Abänderung der Verfassung (zweijährige Budgetperiode).

Schluß 4 $\frac{1}{2}$  Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 2. Mai. Ihre Kaiserl. Königl. Hoheit die Kronprinzessin wird fast gleichzeitig mit der Rückkehr des Kaisers aus Wiesbaden im Neuen Palais wieder eintreffen. Die hohe Frau hat die Reiseroute von Genua über Turin, Genf nach Baden-Baden genommen, um dort Ihre Majestät die Kaiserin zu begrüßen. Weiter wird sie in Darmstadt ihrem Schwager, dem Großherzog und dessen Kindern einen Besuch abstatten. Im Juni wird die Prinzessin von Holstein-Sonderburg-Angustenburg, die Braut des Prinzen Wilhelm, zum Besuch nach dem Neuen Palais kommen.

Im Bundesrath wird demnächst von Seiten Hamburgs die Frage angeregt werden, ob, wie die Motive des preussischen Antrages wegen Einverleibung Altonas und der hamburgischen Vorstadt St. Pauli behaupten, der Bundesrath auch ohne Zustimmung Hamburgs den Einschluß hamburgischen Gebietes in den Zollverein beschließen könne. Die Erörterung dieser Verfassungsfrage soll der Berathung und Beschlußfassung über den preussischen Antrag vorhergehen.

Aus dem Kanzlerpalais kommen Mittheilungen, wonach der Reichskanzler sich in sehr nervös aufgeregtem Zustande befände, und seine Aerzte ihm jetzt mehr denn je vollständige Ruhe anriethen. Es wird deshalb nicht überraschen können, wenn es zur Kenntniß der Öffentlichkeit gelangt, daß der Reichskanzler einen längeren Urlaub zur Wiederherstellung seiner Gesundheit anzutreten gedenkt.

Riel, 1. Mai. Das Kanonenboot „Albatros“ kehrte heute Vormittag nach 32monatlicher Abwesenheit in den Kieler Hafen zurück.

## Ausland.

Paris, 1. Mai. Die Beziehungen zwischen Gambetta und Freycinet sind augenblicklich nicht die besten. Freycinet hält darauf, seinen eigenen Willen zu haben, und will sich nicht dem des Führers der republikanischen Mehrheit fügen. Kommt es zu einem offenen Zerwürfniß, so wird Freycinet wahrscheinlich den Kürzeren ziehen. In Gambettischen Kreisen findet man, daß Freycinet sich nicht allein sehr undankbar zeigt, da er Gambetta seine ganze Stellung verdankt, sondern auch höchst unpolitisch, da in diesem Augenblicke, wo die ganze liberal-reactionäre Partei wie Ein Mann zusammensteht, zum wenigsten unter den amtlichen Republikanern volle Einheit der Grundsätze und Handlungen herrschen müßte. Mit Grévy steht Gam-

beta zur Zeit auf ziemlich gutem Fuße. Die Auflösung der Kammer vor der gesetzlichen Zeit ist als ausgegeben zu betrachten; denn da Grévy nichts davon wissen wollte, hat Gambetta sich gefügt.

Die „Cruise“, das letzte mit Amnestirten aus Neucaledonien in Frankreich eingetroffene Schiff, hatte 120 Mai-Aussändische an Bord, welche zur Verbannung begnadigt worden waren; 35 derselben erhielten nach ihrer Ankunft volle Begnadigung; den Uebrigen ertheilte man die Erlaubniß, bis zum 5. Mai in Frankreich verweilen zu dürfen. Die Deputirten der äußersten Linken überreichten nun gestern Grévy eine Bittschrift, in welcher um ihre gänzliche Begnadigung eingekommen wird.

Gestern Abend war beim österreichischen Botschafter Grafen Beust Empfang nebst Konzert. Die Augenblicklich hier weilende Wiener Künstlerin Natalie Häntsch trug zwei Kompositionen des Botschafters vor, denen selbstverständlich nur rauschender Beifall gezollt werden konnte. Auch Herr v. Radowicz und alle übrigen Mitglieder der deutschen Botschaft wohnten dem Feste an.

Die heutigen Blätter melden, daß bedeutende Geldsummen 1872 beim Neubau des Palastes der Ehrenlegion ihrer Bestimmung entzogen und deshalb gestern auf Weisung des Justizministers die Siegel an die Wohnung des vorgestern verstorbenen und noch nicht beerdigten Generals Binoy angelegt worden seien.

Die „Europe Diplomatique“ behauptet, Berichte aus Shanghai empfangen zu haben, wonach der Haß gegen die Fremden in China steige, eine Revolution nicht unmöglich sei und alle Diplomaten in Peking ihre Regierungen gebeten hätten, Kriegsschiffe nach Shanghai zu schicken.

### Provinzielles.

Stettin, 3. Mai. Nach Art. 4 des Gesetzes vom 30. März 1880, betreffend die Abänderung des Fischereigesetzes für den preussischen Staat vom 30. Mai 1874, ist dem Fischereiberechtigten gestattet, Fischottern, Taucher, Eisvögel, Reiher, Kormorane und Fische ohne Anwendung von Schusswaffen zu tödten oder zu fangen und für sich zu behalten. — Diese den Fischereiberechtigten gegebene erweiterte Befugniß zum Fangen oder Tödten von Thieren, welche der Fischerei schädlich sind, erfordert eine strenge Kontrolle darüber, daß diese Befugniß nicht zum Fangen anderer, als der genannten Thiere mißbraucht wird. — Die Polizeibehörden sind deshalb angewiesen worden, darüber zu wachen, daß nicht über die Vorschrift des Artikels 4 hinaus in fremde Jagdreviere eingegriffen wird.

Dem Amtsgerichtsrath Grölp in Deutsch-Crone ist bei seinem Ausscheiden aus dem Amte der Charakter als Geheimrath verliehen.

Gestern Abend gegen 10 Uhr verunglückte der Breitenstraße 7 wohnende Gelbgießergeresse Aug. Gutfeld dadurch, daß er von einem Treppenaufgang herunterfiel und sich eine Gehirnerschütterung zuzog, in Folge deren er in das Krankenhaus gebracht werden mußte.

Als der Schmiedegessele Friedrich Koch aus Grabow am Freitag auf dem Freiburger Bahnhofe mit dem Abladen einer Wagenachse beschäftigt war, gerieth er mit der linken Hand in das Rädergetriebe des benutzten Kranses, wodurch die Hand zerquetscht und später amputirt werden mußte.

Der Seefahrer Wilhelm Schunzel aus Stepenitz und der Arbeiter Ferdinand Friedrich Dahl aus Belgard, welche sich seit längerer Zeit hier obdachlos umhertreiben, wurden gestern abgefaßt, als sie ein circa 1 Centner schweres Tau, welches sie am Tage vorher von einem im Dünzig liegenden Schooner gestohlen hatten, auf dem Rosengarten verkaufen wollten. Beide wurden verhaftet.

Im April v. Js. hatte ein Schiffstauer mehrere Arbeiter zum Entlöschten eines Schiffes angenommen; als die Arbeit beendet war, erhielt der Arbeiter Franz Ferdinand Kalf den Gesamtbeitrag des verdienten Lohnes zur Auszahlung an seine Mitarbeiter; er lieferte jedoch einem Arbeiter den Lohn in Höhe von 15,50 Mark nicht ab, sondern verwendete ihn in seinem Nutzen. Deshalb in der heutigen Sitzung des hiesigen Schöffengerichts wegen Unterschlagung angeklagt, wird Kalf mit 3 Wochen Gefängniß bestraft.

Die nächste Verhandlung gegen den Mollkutscher Friedrich Lemke, welcher geständig ist, am 1. Februar dem Schankwirth Pahl eine Zunderschale und ein Paar goldene Ohrringe gestohlen zu haben, endet mit der Verurtheilung des Angeklagten zu 1 Woche Gefängniß.

Ferner wird der Arbeiter Albert Karl Eward Freienwalde aus Grabow wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt mit 14 Tagen Gefängniß bestraft.

In der Schweiz ist es der ersten schweizerischen Alpenmilch-Konfervirungs-Gesellschaft zu Romanshorn, wie sie schreibt, gelungen, beste schweizerische Alpen-Ruhmilch, ohne jeden Zusatz, in natürlichem, flüssigem Zustande zu konserviren. Die Gesellschaft empfiehlt die selbe zur Schiffsvorproviantirung und Kinderernährung. Wir machen hierauf aufmerksam, ohne ein Urtheil über die Sache selbst zu fällen. Die Erfindung ist, wenn sie sich bestätigt, von unabwehrbaren Folgen für unsere Landwirtschaft.

Die diesjährige General-Versammlung des „Allgemeinen deutschen Jagdschützenvereins“ findet am 13. und 14. Mai in Hamburg, Hotel de l'Europe, statt. Die Programm-Eintheilung ist folgende: am 13. Mai Disjussion um 11 Uhr Vormittags im Hotel de l'Europe, dann gemeinsames Diner ebendasselbst. Abends Besuch des Theaters;

am 14. Mai Disjussion um 10 Uhr im Hotel de l'Europe. Um 12 Uhr Fahrt zu der Villa des Baron Muzenbecher, Dejeuner daselbst; darauf Dampfschiffahrt bis Stade und um 6 Uhr gemeinsames Diner in Blankenese. — Meldungen betreffs der Theilnahme am Diner am 13. und betreffs Theaterbiletts sind bis 12 Mai an die Herren Bestzer des Hotels de l'Europe zu richten. — Mitgliederkarten sind ebendasselbst bei Beginn der Beratungen zu haben.

Zu dem Anfang Juni in Königsberg i. Pr. stattfindenden Delegirtenkongress des „Deutschen Gastwirth-Verbandes“ werden Anträge, welche das Gewerbe der Gastwirthschaft betreffen, bis zum 6. Mai zu Händen des Vorstandes pommerischer Gastwirthschaft zu Stettin erbeten.

Stargard, 1. Mai. Der Anstifter des Brandes in Alt-Damerow ist bereits ermittelt und verhaftet. Den Recherchen des berittenen Gendarmen Reiser hieselbst ist es gelungen, denselben in der Person des etwa 30jährigen Ziegeleiarbeiters Pahl aus Jeseritz zu ermitteln. Die Mitarbeiter desselben theilten Herrn Reiser mit, daß Pahl während des Brandes mit einigen dem Pastor Herrn Haltenort aus dem Keller gestohlenen Flaschen Wein zu ihnen gekommen sei und sie eingeladen habe, mit ihm zu trinken. In der hetteren, redseligen Stimmung, in welche ihn der Genuß des Weins bald versetzte, hat er ihnen sodann mitgetheilt, daß und wie er das Feuer angelegt habe. Als Grund gab er an, daß es ihm ein großes Vergnügen zu sein geschienen habe, zu sehen, wenn es einmal recht tüchtig brenne und prasselte. Pahl war erst vor drei Wochen als Arbeiter in die Ziegelei des Herrn Runge eingetreten. Derselbe ist ein bereits mehrfach bestrafte Subjekt und steht nun im hiesigen Gefängniß einer hoffentlich recht exemplarischen Strafe entgegen.

Wie oft ist schon gegen Verabfolgung von Branntwein an kleine Kinder geschrieben und gesprochen worden, und doch ist wieder in dieser Woche ein solches diesem Unverstande zum Opfer gefallen. In Borkenstein bei Stargard ließ eine Tagelöhnerfamilie die Schnapsflasche freisetzen und gab man dabei dem ca. 3 Jahre alten Kinde auch einen Schluck. Als das Kind später unbeaufsichtigt war, machte es sich über die Flasche her und fing natürlich bald an zu taumeln; etwas später fanden die Eltern dasselbe bereits in Krämpfen. Der Gutsbesitzer ließ dasselbe sofort nach Rastow zum Arzt fahren, der Alkoholvergiftung konstatierte. Da die Hilfe aber bereits zu spät kam, verschied alsbald das Kind.

Greifenhagen, 1. Mai. Dem Fleischermeister N. in der Hirtenstraße war vor längerer Zeit der Schlüssel zu dem Spinde, worin er sein Geld aufbewahrt, abhanden gekommen. Er bemerkte verschiedentlich, daß ihm Geld entwandt worden war. Der Verdacht richtete sich auf seinen sechzehnjährigen Lehrling, welchen er am Mittwoch ins Verhör nahm und dem er, weil er nichts gestand, mit Verhaftung drohte. Der Verdächtige enifernte sich, ging nach dem Boden und erschien nicht wieder. Als die Frau des Hauses später über denselben rief und keine Antwort erhielt, begab man sich nach dem Boden und fand den jugendlichen Thäter in liegender Stellung an einem Balken erhängt. Vermuthlich war derselbe sich seiner Schuld bewußt gewesen und die Furcht vor der Strafe die Veranlassung zum Selbstmorde geworden.

Korkenhagen bei Rastow, 1. Mai. Eine selten ernste Feier wurde am 28. v. M. in unserem Orte, von dem selten etwas Außergewöhnliches zu berichten ist, begangen. Einer von den wenigsten aus den Freiheitskriegen von 1812—15 noch übrig gebliebenen Veteranen, der 88jährige Arbeiter Carl Callies der letzte Veteran im hiesigen Kreise, wurde zur letzten Ruhe bestattet und hatten sich nicht nur die Anverwandten und Bewohner unseres Ortes eingefunden, um demselben die letzte Ehre zu erweisen, auch von Rastow war der Kriegerverein unter Führung seines Kommandanten, des dortigen Bürgermeisters, mit der Vereinsfahne und einem Musikcorps vollständig eingetroffen, um dem alten Kameraden auf dem letzten Marsche die militärische Begleitung zu geben. Am Grabe hielt der Prediger von Schönhausen eine tief ergreifende Rede, bei welcher manches Auge feucht wurde. Das Leichenbegängniß gestaltete sich zu einer so erhebenden Feier, wie sie eines Veteranen würdig und wie sie in einem so kleinen Ort, wie der unsere, selten stattfindet; um so mehr befremdete es, daß von der Gutsheerrschaft Niemand dabei vertreten war. Besonderer Dank gebührt dem Vorstand und den Mitgliedern des Rastower Kriegervereins, welche es sich nicht nehmen ließen, dem Kameraden die letzte militärische Ehrenbezeugung zu erweisen, sowie dem Prediger von Schönhausen und den Bewohnern unseres Ortes.

### Bellevue-Theater.

Vom herrlichsten Wetter begünstigt, fand am Sonnabend die Eröffnungs-Vorstellung des für diese Saison unter der Direktion des Herrn Kapellmeisters Rada stehenden Bellevue-Theaters statt. Die vorangegangenen Ankündigungen der mit der Aufführung des „Rattenfänger von Hameln“ verbundenen effektvollen Ueberraschungen in Bezug auf Arrangements, Dekorationen, Kostüme etc. hatten die Neugier des Publikums in ziemlich hohem Maße angefeuert und konnte die Premiere dieses Görner'schen Volksmärchens daher vor gut besetztem Hause stattfinden. Wenn der Erfolg der Novität nicht der erwartete war, so fällt die Schuld der gewiß mit den besten Absichten hierher gekommenen Direktion zum größten Theile zu, da die Wahl des Stückes zur Eröffnungs-Vorstellung gemißbilligt werden muß. Was für Einen paßt, paßt nicht für

Alle, und deshalb wird der in Berlin das beste Geschäft machende „Rattenfänger“ hierorts wenig zu thun bekommen. Man sieht hier nicht gerne Kinderkomödien, wenigstens nicht im Sommer, und mag die Ausstattung noch so brillant sein. Daß das Ensemble nicht heute schon befriedigen kann, ist selbstverständlich, da ein neu gesammeltes Personal nicht Wunderdinge leisten kann. Es wäre vorzuziehen, bereits jetzt schon ein bestimmtes Urtheil über die Fähigkeiten und Talente der zum ersten Male aufgetretenen Künstler zu fällen, in der Ansicht sind wir indes bestärkt, daß eine Sichtung unter den Mitgliedern durchaus notwendig ist, will die Direktion gerechten Ansprüchen genügen. Als wohl verwendbare Akteure erschienen uns bis jetzt Herr Becker, der als Bürgermeister gute Auffassung und ein wohlgefälliges Organ bekundete, Fräulein Loechen, das neben angenehmem Aussehen ebenfalls ein klangvolles Organ besitzt, indes wenig Routine in Mimik und Bewegung an den Tag legte, und um noch einen Dritten zu nennen, Herr Brew e, der die einem Schneider angelegentlich Untugenden ziemlich fertig zum Ausdruck brachte. Doch wie erwähnt, läßt sich erst in späteren Tagen ein endgültiges Urtheil fällen, nachdem uns Gelegenheit geboten worden, die Mitglieder an verschiedenen Plätzen operiren zu sehen. Was den als „Gast“ angekündigten Rattenfänger-Deputirten Herrn Paris anbelangt, so wissen wir über ihn nicht viel zu berichten, es sei denn, daß man ihm aus dem Mangel jedes musikalischen Talentes, das eine Hauptbedingung seiner Rolle ist, einen Vorwurf machen will. Die Ballets befriedigten durchaus und excelliren darin besonders Fr. S w o b o d a, eine äußerst geschickte Künstlerin, und Fr. C a m u s I. In den nächsten Tagen werden wir dem Bellevue-Theater einen neuen Bericht widmen.

H. v. R.

### Bermischtes.

Das primitivste Postamt der Welt dürfte sich nach Friedrich Rich's Mittheilungen auf Booby-Inseln, einem Felsenriff zwischen Ouessand und Neuguinea, in der wegen ihrer Korallenriffe gefährlichen Torres-Straße unter dem 10. südlichen Breitengrade befinden. In einer durch hohen Flaggenstock bezeichneten Höhle liegt eine große Tonne mit der Aufschrift: „Postoffice“. In derselben befindet sich Schreibmaterial und ein Buch zum Eintragen von Bemerkungen. Neben der Tonne lagern Vorräthe von allerlei Lebensmitteln für etwaige Schiffbrüchige, deren es in dieser Gegend wegen der gefährlichen Durchfahrt nicht wenige giebt. Jedes Schiff, welches die Insel passiert und reichliche Vorräthe an Bord hat, ergänzt den Magazinsbestand und nimmt gleichzeitig die in dem „Tonnen-Postamt“ etwa vorgefundenen Briefe zur Weiterbeförderung mit.

### Literarisches.

v. Wildenbruch, der Meister von Kanagra. Eine Künstlergeschichte aus Alt-Hellas. Berlin, Steinitz. Der Verfasser sucht uns in die Verhältnisse des Praxiteles und in den Geist des altgriechischen Volks- und Kunstlebens einzuführen und hat seine Aufgabe mit vielem Geschick gelöst. [66]

Maier's Handlexikon des gesammten kaufmännischen Wissens. Bearbeitet von Prof. Dr. M. Haushofer, Prof. D. Feichtinger, Handelskammersekretär Dr. J. Langgraf und Anderen. Erste Lieferung. Preis 50 Pf. Vollständig in ca. 25 Lieferungen im Laufe dieses Jahres. — Stuttgart. Verlag von Julius Maier.

Dieses Werk soll dem Handelsstande als ein praktisches Hülf- und Nachschlagebuch dienen auf den großen und weiten Gebieten der Handelsthätigkeit und der Handelsinteressen; es soll in alphabetischer Form und gedrängter Darstellung über alle Fragen, welche im Handelsleben auftauchen, gewissenhafte und rasche Erklärung geben und hiermit den vielseitigen Interessen am zweckmäßigsten dienen. Seine Auskunftsberedtheit erstreckt sich somit über alle kaufmännischen Wissensfächer aus der Feder bewährter Fachmänner und es zieht namentlich auch die Waarenkunde in klarer und populärer Darstellung, billigstem Preise und guter Ausstattung wird das Werk ohne Zweifel ein beliebtes Nachschlagebuch für Jung und Alt im Handelsstande werden und ebenso in jeder Komptoirbibliothek seinen wohlverdienten Platz finden, wie es auch von allen strebsamen jungen Männern als eine Quelle wahrhafter Belehrung und als ein Förderungsmittel im Berufselben begehrt sein wird. [65]

### Telegraphische Depeschen.

Wien, 2. Mai. Der „Neuen Fr. Presse“ wird aus London gemeldet, Lord Granville zeige sich dem Grafen Karolyi gegenüber so auenemend versöhnlich, daß Alles, wenigstens äußerlich, in dem alten Gleise bleibe, und auch Graf Karolyi nicht mehr die Absicht habe, von seinem Posten zurückzutreten.

Wien, 2. Mai. Bei der gestrigen Berathung des Handelsbudgets äußerte sich der Handelsminister auch über den österreichischen Handelsvertrag. Der Abschluß eines Definitivums begegne Schwierigkeiten, weil die Positionen des österreichischen autonomen Zolltarifs so niedrig seien, daß Oesterreich mit Deutschland nicht mit gleichen Waffen kämpfe. Eine Abhilfe könne nur durch Zustimmung Ungarns erzielt werden.

Ein offiziöser Wiener Brief des „Pester Lloyd“ knüpft folgendermaßen an die Meldungen

von einem Wiederaufleben des Dreikaiserbundes an: Oesterreich und Deutschland wollen keinen Dritten zu ihrem Bündniß zuziehen, auch auf England hatte man nicht gerechnet, so lange Beaconsfield Premier war. Die gegenwärtige Veränderung in England, wenn sie auch unwillkommen sei, mache besondere Vorfrage nicht nöthig, andererseits scheine es, daß England gerade seit der Existenz der österreichisch-deutschen Enquete sich größere Mäßigung und Reserve auferlege als früher und dadurch mittelbar die Allianz unterstütze. Sollten sich in England stärkere Veränderungen fühlbar machen, so würden Oesterreich und Deutschland sich noch fester aneinander anschließen. Keinesfalls würde man Gladstone's Bewerbungen bei den Russen etwa durch Konkurrenz ein erhöhtes Gewicht geben oder dieselben gar überbieten.

Wien, 2. Mai. Heute Mittag fand bei dem Präsidenten des Reichsraths, Grafen Coronini, eine Versammlung der Klubobmänner befußs Feststellung des Programms für den Arbeitsrest der Session statt; Graf Taaffe wohnte der Versammlung bei. Die Regierung wird die Interpellation Wolfrums über die Berordnung betreffs der Sprachenfrage demnächst ausführlich beantworten. Es wird sich an die Beantwortung diesmal eine Debatte knüpfen.

Paris, 1. Mai. Der Kriegsminister Farre erklärte sich Namens der Regierung in der heutigen Sitzung der Militärkommission gegen die Unterdrückung des Instituts der Einjährig-Freiwilligen, dessen zweifelhaften militärischen Werth er zwar nicht bestritt, welches jedoch aus sozialen Gründen notwendig sei. Der Kriegsminister versprach, die Beschränkung der Freiwilligen auf fünftausend und eine ernstliche Beschärfung des Examen zuzulassen. Die bisherige, von jedem Einjährigen zu entrichtende Prämie von 1500 Frs. müsse aus Budgetrückstellungen noch beibehalten werden. Die Redner der Kommission bekämpften die Ausführungen Farre's, vertheidigten die Beseitigung des Instituts der Einjährig-Freiwilligen durch ein System fortlaufender Examina, wonach die, welche dasselbe bestranden haben, resp. nach einem, zwei oder drei Jahren vom Dienst zu entlassen sind. Nach längerem Debatten nahm die Kommission mit sieben gegen eine Stimme die Herabsetzung des Militärdienstes auf drei Jahre und die Abschaffung des Instituts der Einjährig-Freiwilligen an, nachdem sie sich von dem früher mit dem Kriegsminister vereinbarten Kompromiß einer vierzigmonatlichen Dienstzeit entbunden erklärt, weil die Regierung die Bedingung der Unterdrückung des freiwilligen Instituts auszuführen verweigere. Die Kommission nahm ferner mit fünf gegen drei Stimmen das obige Examenprojekt an.

Es sind Gerüchte verbreitet, daß der verstorbene General Binoy sich vergiftet habe.

Der Salon im Indusriepalaste wurde heute unter herkömmlichem Andrang des Publikums eröffnet. Der Katalog enthält 7289 Nummern, darunter 4000 Gemälde und 700 Sculpturen, der Rest sind Zeichnungen, Stiche und Lithographien. Das erste Urtheil ist, daß der Salon von hervorragenden Werken wenig enthält.

Rom, 2. Mai. Der König konferirte gestern auch mit Cairoli und Depretis. Abdam fand ein Ministerrath statt. Es heißt, das gegenwärtige Ministerium werde im Amie bleiben und allgemeine Wahlen anberaumen.

Rom, 2. Mai. Die Oeffizien versichern, der König werde heute die Demission des Cabinets Cairoli ablehnen und dasselbe mit der Kammer-Auflösung beauftragen. Die Neuwahlen finden eventuell am 16. Mai statt. Die Einberufung der Kammer ist für den 27. Mai in Aussicht genommen.

Graf Corti ist aus Konstantinopel hier angekommen.

London, 2. Mai. Herbert Gladstone, der Sohn des Premierministers, erklärte gestern in einer Wahlrede zu Leeds, das indische Budget der letzten Regierung weise ein Defizit von vier Millionen anstatt des gerühmten Ueberschusses auf. Derselbe beschuldigte auch die kontinentalen Staatsmänner, sie wollten aus England unter dem Torierregiment eine Vorrathskammer für ihre Zwecke machen, denn England sei reich, und sie wollten Englands Geld und vielleicht auch englische Soldaten für ihre Kriegszwecke benutzen. Der Minister Gladstone berührte die Politik beim Akademie-Bankett nicht; er lobte bloß Granville und Hartington, welche, nachdem sie durch ihre Leistungen der letzten Jahre den Ehrenposten eines Premiers ebenso verdienten wie er, denselben großmüthig ihm überließen.

Petersburg, 2. Mai. Der „Regierungsbote“ erklärt die Nachricht, daß auf Veranlassung des Chefs der höchsten Exekutivkommission, Grafen Loris Melkoff, mit Personen, welche in polnischen Kreisen bekannt sind, Unterhandlungen befußs einer Ausöhnung der Russen mit den Polen angeknüpft worden seien, für vollständig erfunden.

Graf Loris Melkoff ist zum Chef des Sunfatschen Kosaken-Regiments ernannt worden.

Petersburg, 2. Mai. Der offiziöle „Regierungsbote“ bringt auch heute keine Nachricht über die Arretirung des vermeintlichen Attentäters Schwitsch. Den „Nowosti“ zufolge soll der englische Botschafter auf die bezügliche Anfrage seiner Regierung geantwortet haben, daß der Verhaftete kein Verbrechen bereits eingestanden habe. Der Rücktritt des Ministers Tolstoy wird von den Blättern als nahe bevorstehend bezeichnet. Der Kurator des Dorspater Lebezbezirks, Saburow, wird als Nachfolger Tolstoy's im Ministerium der Volksaufklärung bezeichnet, während der Senator Pobedonozjew die Stellung Tolstoy's als Oberprokurator des Synods befehmt.